

Prof. Dr. Manfred Hunkemöller unterrichtet seit 2002 als Honorarprofessor an der ISM International School of Management die Fächer „Turn-around Management“ und „Mergers & Acquisitions“ und ist i. R. d. IFH Institut für Handelsforschung, Köln, beratend tätig.



Finanztransaktionssteuer

Frische Euros für nicht ganz so frische Euro-Fischer?

Haben Sie schon einmal versucht, mit einem Kescher auf Walfischfang zu gehen? Sie glauben, dass geht nicht? Unsere Europapolitiker wollen es Ihnen nun beweisen – mit der geplanten Einführung einer Finanztransaktionssteuer, kurz FTT (Financial Transaction Tax) genannt.

Ist die Sache mit der geplanten Steuer gegen Finanzjongleure und Hochsee-Heuschrecken für die Fiskalbehörden in Euroland wirklich so vielversprechend? Und ist auch Oma von nebenan davon betroffen, die sich gerade mutig drei Fischerei-AG-Aktien in ihr Depot gelegt hat, um sich neben den Null-Coupon-Anleihen des deutschen Staates bei der Sicherung der Altersversorgung einen kleinen Kick zu geben? Anlass genug, der Sache mal auf den Grund zu gehen.

Richten wir unseren Blick zunächst einmal an das Ufer der Spree. Dort findet aktuell zwischen Kanzleramt und Reichstag eine illustre Pingpong-Debatte statt. Vorgestern FTT, gestern Börsenumsatzsteuer, heute wieder FTT.

Aber was den nun, bitte? Fiskalpakt ja, dann aber nur mit Beifang (FTT), sagen die einen. „Gebt denen doch das Fischstäbchen“, sagen die anderen, „das fällt doch ohnehin morgen ins europaparlamentarische Wasser“. Nun stellt sich die Frage: Waltet hier Vernunft und Pragmatismus, oder eher politischer Aktivismus?

Bemerkenswert ist zudem, dass sich die Befürworter der FTT fast ausschließlich aus Politikern rekrutieren, während sich fachkundige Leute aus der Wirtschaft zurückhaltend bis skeptisch äußern. Das Motto in Berlin lautet wohl wieder einmal: „Logisch ist, was man selbst für richtig hält.“ In diesem Sinne sollen nun die politischen Taten folgen.

Die „Bad Banks“ sollen endlich den Staaten etwas von den Milliarden zurückgeben, die sie an Bilanzierungshilfen in der Vergangenheit erhalten haben, damit diese nicht umfielen. Recht so. Ein Schelm ist, wer vermutet, dass da – in politischer Weitsicht – eventuell in der Zukunft noch mehr Stütze, auch über Spanien hinaus, erforderlich sein könnte.

FTT ist aber scheinbar noch zu Höherem berufen: So forderte jüngst ein prominentes Mitglied der Opposition, dass die europaweit geplante Wachstumsförderung nicht über neue Schulden, sondern – wie zu erahnen – über FTT finanziert werden soll. Sollte aber diese Steuer nur ein Rinnsal frischer Euros in die öffentlichen Kassen spülen, gäbe es dann auch kein Wachstum mehr in Euroland?

Dumm ist nur, dass nicht einmal alle Europäer mitmachen wollen. Die Briten z. B. positionieren sich klar. Ihnen ist als einzig noch erfolgreich international agierender Wirtschaftsbereich der Finanzsektor verblieben. Die werden doch nicht ernsthaft in Erwägung ziehen können, sich dem Wunsch nach einer europäischen Finanzplatzknechtschaft zu unterstellen, um dann später, ebenfalls aus Solidarität, unter den Rettungsschirm ESF zu schlüpfen. Aus deren Sicht: Ebenfalls Recht so.

Global betrachtet hat die Idee der pekuniären Teilhabe an dem spielerischen Treiben des Finanzsektors ohnehin ein Akzeptanzproblem. Was folgt daraus: Nikkei, Wall Street & Co. schreiben schon an der Laudatio für FTT, wenn sie dann hoffentlich nur kommen möge.

Insbesondere der Wal, der im Gegensatz zum Hai ein geselliges Tier ist und der hier als Metapher für die international agierende Finanzbranche herhalten muss, hat da noch ganz andere Möglichkeiten. Er wird sich sagen: Ab nach New York, Hongkong oder vielleicht auch Dubai? Letztere haben nicht nur eine global erfolgreich agierende Airline. Nein – die haben auch noch einen modernen Finanzdistrikt. FTT könnte so zu deren neuer Ölquelle werden. Die Scheiche würden den Investmentbankern vermutlich auch noch die Umzugskosten spendieren, um die dort vorhandenen Immobilienleerstände zu beseitigen und ganz nebenbei ein märchenhaftes Einkommensteuerparadies bieten.

Entsteht durch die FTT nicht ein volkswirtschaftlicher Schaden, der die möglichen Steuereinnahmen überkompensiert?

Aber nun mal ernsthaft: Unsere Europapolitiker versuchen hier eine Lösung zu finden, um das Handeln der Finanzmarktakteure so in den Griff zu bekommen, dass dies keine gravierenden Auswirkungen mehr auf die Realwirtschaft hat. Auch hier gilt: Recht so. Es mag daher legitim erscheinen, dass der Fiskus bescheidene 0,01–0,1 Prozent aus

den Transaktionen für sich abzuzapfen möchte. Es stellt sich nur die Frage, ob in der Gesamtbetrachtung damit nicht ein volkswirtschaftlicher Schaden entsteht, der die möglichen Steuereinnahmen überkompensiert. Dem Aufbau des zur Steuereintreibung erforderlichen Verwaltungsapparates kann man schon jetzt eine positive Beschäftigungswirkung attestieren. Ob diese ausreicht, um den Schwund an Arbeitsplätzen in der europäischen Finanzwirtschaft zu mildern, bleibt abzuwarten.

In Zeiten, wo man im Sekundentakt Milliarden mit einem Mausklick um den Globus schicken kann, ist FTT durch seine regionalen Begrenzung auf einige Staaten innerhalb der EU ein voraussichtlich untaugliches, in jedem Fall aber ein äußerst fragliches Unterfangen. Da macht doch selbst die vermeintlich große Politik kein Spaß mehr, wenn die Wirkung der parlamentarischen Beschlüsse nur bis zum Uferand des heimischen Binnengewässers reicht.

Die kleinen Wertpapiersparer wie die Oma werden wegen ihrer eingeschränkten Mobilität sicher zur Kasse gebeten. Die in Euroland beheimateten, globalen Finanzakteure hingegen werden wohl schon jetzt Umzugspläne schmieden und die Geldkoffer packen. Aber ein Tapetenwechsel kann ja auch ganz reizvoll sein.

Was lernen wir daraus?

Die kleinen Fische kriegt man mit dem Kescher – die großen Wale hingegen schwimmen auf hoher See schmunzelnd um diesen herum. Und die Euro-Fischer werden aller Voraussicht nach nicht viel frischer.